

Wilsdruffer Tageblatt

National

Der Führer steht auf der Wacht zum Schutze deutscher Interessen!

und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tagblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Anzeigenpreise laut anhängender Preistafel Nr. 2. - Brief-Verkehr: 20 Fern. - Vorkaufspreise für die Mitglieder der Zeitung sind in der Preistafel angegeben. - Die Redaktion ist für den Inhalt der Artikel nicht verantwortlich. - Der Vorstand

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 66 - 95. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Verleger: Dresden 2640

Mittwoch, den 18. März 1936

von Ribbentrop vertritt Deutschland

Deutschlands Antwort an den Völkerbund.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 17. März an den Generalsekretär des Völkerbundes, Herrn Avenol, in London folgendes Telegramm geschickt:

„Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Telegramms vom 16. März und beehre mich mitzuteilen, daß Vizebotschafter von Ribbentrop die deutsche Regierung im Völkerbundsrat bei der Prüfung der von der belgischen und französischen Regierung aufgeworfenen Frage vertreten wird. Er wird von Donnerstag vormittag an in London zur Verfügung stehen. Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath.“



Vizebotschafter von Ribbentrop (Wagenborg-Archiv.)

Die englische Antwort an Deutschland.

Der englische Außenminister Eden übergab am Dienstagmorgen dem deutschen Vizebotschafter in London, Herrn von Hoersch, folgende Mitteilung:

Die Regierung Seiner Majestät tut ihr Außerstes und wird dies auch weiterhin tun, um Mittel zu finden zu einer friedlichen und zufriedenstellenden Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Es ist der Regierung Seiner Majestät klar, daß

der Vorschlag des deutschen Reichsanzlegers wie auch alle von anderen interessierten Parteien gemachten Vorschläge zur geeigneten Zeit besprochen werden müssen.

Die deutsche Regierung wird indessen würdigen, daß es für die Regierung Seiner Majestät nicht möglich ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendein weitergehendes Versprechen zu geben.

Die Suche nach dem gleichen Nenner

Englische Vorschläge in der Sitzung der Locarnomächte am Dienstag überreicht.

Die Locarnomächte traten am Dienstag im Londoner Auswärtigen Amt wiederum zusammen, um die Beschlüsse des Völkerbundsrates vom Montag zu erörtern. Er verlautete in London, daß der Sinn der Sitzung der war, die verschiedenen Standpunkte auf einen gleichen Nenner zu bringen. In der Sitzung überreichte der englische Außenminister Eden ein ausführliches Schriftstück mit den englischen Vorschlägen, die sich auf die Anwendung der im Locarnovertrag vorgesehenen Maßnahmen beziehen. Auch von anderer Seite sollen grundsätzliche Erklärungen abgegeben worden sein. Die Fortsetzung der Beratungen wurde auf 22 Uhr festgesetzt. Die Franzosen traten anschließend sogleich zum Studium der englischen Vorschläge zusammen.

Lebhafte Geheim Sitzung des Rates.

Aber den Verlauf der Geheim Sitzung des Völkerbundsrates vom Montag berichtet Reuters, daß die Besprechungen außerordentlich lebhaft gewesen seien. An den Erörterungen nahmen alle Mitglieder des Völkerbundsrates teil, mit Ausnahme von Grandi. Der englische Außenminister Eden habe die Aussprache beendet, indem er vorschlug, daß der Völkerbundsrat sich bezüglich der

zweiten deutschen Bedingung für unzulässig erklären solle. Hingegen empfahl er, falls Deutschland an der Ratssitzung teilnehmen sollte, ihm die gleichen Rechte wie den anderen durch Locarno geschützten Staaten zu gewähren.

Die Reuters weiter meldet, habe der dänische Außenminister Munch als einziger die Möglichkeit erörtert, daß die Besprechungen des Rates über die Frage der Verlegung hinaus ausgedehnt werden könnten. Er habe den Wunsch geäußert, daß die Tür für eine allgemeine Regelung geöffnet werden sollte und die Aussprache verallgemeinert werden sollte. Der französische Außenminister Flanblin habe eine leidenschaftliche Rede gehalten, in der er erklärte, daß Frankreich unter einem „Angriff“ leide. Der Vertrag würde es berechtigt haben, Gewalt mit Gewalt zu beantworten. Es hätte sich aber entschlossen, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen und erwarte eine gerechte und angemessene Behandlung.

Moskaus Völkerverheugung.

Litwinow in der öffentlichen Ratssitzung.

In der öffentlichen Ratssitzung am Dienstagmorgen erklärte der türkische Außenminister Rüschü Aras, der Völkerbundsrat habe auf Grund der Bestimmungen des Locarnovertrages die Pflicht, in der aufgeworfenen Frage als Schlichter zu wirken. Der Rat müsse vorher sowohl Frankreich als auch Belgien „volle Genugtuung“ geben. Wenn es jedoch zu irgendeiner Vermittlung komme, dann würde er es vorziehen, daß die Vermittlung durch den Völkerbundsrat und nicht auf irgendeine andere Weise erfolge.

Der sowjetrusische Außenkommissar Litwinow, der, wie nicht anders zu erwarten, wieder in der Rolle eines internationalen Moralrichters austrat, sprach von der „Entrüstung seines Landes“ über den „neuen Vertragsbruch“ Deutschlands und von dem Kampf der Sowjetunion „für den Frieden und die kollektive Sicherheit“. Er suchte die Dinge so darzustellen, als ob nur noch „einschneidende Maßnahmen“ den Völkerbund retten könnten. Im übrigen vertrat er natürlich die These von der angeblichen Verleumdung des Außenpaktens mit dem Locarnovertrag und suchte auch die Entmilitarisierungsbestimmungen mit einem Hinweis auf die „politische Ideologie Deutschlands“ zu rechtfertigen. Dann ging Litwinow zu offener Völkerverheugung über. Deutschland, so unterstellte er, brauche die Wiedermilitarisierung des Rheinlandes, um die französische Militärmacht zu zerschmettern (!). Deutschland selbst suchte er als völlig ungeschädigt hinzustellen. Diese Erklärung verband er mit dem Versuch, die deutschen Friedensvorschläge zu verdächtigen. Den Gipfel der Verdrehung leistete sich Litwinow mit der Behauptung, daß „Italiens unzulässigerweise zum Beispiel auf Länder hingewiesen werde, die anderen Völkern gewaltsam entrissen und von Deutschen kolonisiert werden müßten“ (!!).

Der Vertreter Chiles führte aus: Deutschland mache geltend, daß Frankreich den Vertrag durch Abschluß des Paktes mit Sowjetrußland verletzt habe. Unter diesen Umständen sei eine Prüfung Voraussetzung jeder Feststellung, und es wäre angebracht, ein Gutachten des Saager Gerichtshofes einzuholen. Schließe sich der Völkerbundsrat diesem Vorschlag nicht an, so werde er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die Aussprache wurde auf Mittwochmorgen vertagt.

Neue Geheim Sitzung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat setzte Dienstag nachmittags seine Tätigkeit mit einer nichtöffentlichen Sitzung fort, an die sich eine Geheim Sitzung anschloß. In der Geheim Sitzung wurden, wie verlautet, Mitteilungen der britischen Regierung über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu der an sie ergangenen Einladung entgegengenommen.

Die deutsche Antwort an den Völkerbundsrat ist sogleich nach ihrem Eintreffen in London überseht und vervielfältigt worden, um den Ratsmitgliedern in der Geheim Sitzung unterbreitet zu werden.

Am Anschluß an die Geheim Sitzung trat der Völkerbundsrat am Dienstagabend zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung die Aussprache über den am Montag vom französischen Außenminister vorgelegten Entschließungsentwurf über die Feststellung einer Verletzung des Locarnovertrages stand.

Der Ratspräsident teilte zu Beginn mit, daß ein Telegramm der deutschen Regierung eingegangen sei, in dem sie die Einladung zur Teilnahme an den Beratun-

gen des Völkerbundsrates annehme und mitteile, daß Vizebotschafter von Ribbentrop zu ihrem Delegierten ernannt sei und von Donnerstag früh an in London zur Verfügung stehen werde.

Die Londoner Blätter stellten am Dienstag eine Entspannung der Lage fest. Der „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, die Vorgänge im Völkerbundsrat würden die Hoffnungen auf eine Regelung erneut beleben. Unter Umständen, bei denen eine Erhöhung der Gemüter möglich gewesen wäre, habe der Rat mit Ruhe und Einfachheit gehandelt. Die Erklärung, daß das Wort „alsbald“ in der Mitteilung an den Völkerbund nicht die Bedeutung von „sofort“ haben solle, die ihm zugeschrieben worden sei, habe viel zur Entspannung beigetragen. Unter allen Mächten sei der stärkste Wunsch vorhanden, jeden Vorschlag zu prüfen, der Hoffnung auf eine Zukunft des Friedens bleibe, die unbefleckt von gegenseitigem Mißtrauen sei. — Unter der Überschrift „Friede“ sagt „Daily Herald“: Deutschland hat jetzt nach 18 Jahren seine Gleichberechtigung genommen. Ist es nicht klug, die Gelegenheit wahrzunehmen?

Deutschland hat lediglich verlangt, was ihm gebührt, und keinen Tropfen Blut vergossen. Ein Urteil soll ausgesprochen werden, aber dann Europa Steine werfen?

Die Pariser Presse ist mit dem Auftreten des Außenministers Mandin in London im großen ganzen einverstanden. Zum erstenmal kommt jedoch in französischen Zeitungen eine gewisse Völkerverbündungs-Müdigkeit zum Ausdruck. Der Außenminister des „Petit Parisien“ ist der Meinung, es habe etwas sehr Verlegendes an sich, daß der Völkerbund zulasse, daß Deutschland, wenn es nach London gehe, nicht als Angeklagter, sondern einfach als Mitunterzeichner des Locarnovertrages erscheinen werde. Das „Journal“

greift den dänischen Außenminister Munch und die Vertreter anderer kleiner Staaten an, weil sie für Versöhnung eintraten und nennt sie „Frankkreuzer“, denn der Gedanke, Deutschland um jeden Preis heranzuziehen, gehe ja im wesentlichen von England aus. Der „Deure“ beschwert sich darüber, daß die Engländer die Bedeutung des deutschen Vorgehens noch nicht recht begriffen hätten. „Le Jour“ bemerkt, drei Sitzungen seien in London notwendig gewesen, um zu gar keinem Ergebnis zu gelangen. Als Endergebnis sei zu befürchten, daß Deutschland seine Truppen in der entmilitarisierten Zone behalten und sich die Mächte der Ordnung darauf beschränken werden, für platonische Entschuldigungen zu stimmen und untereinander neue Abkommen zu unterzeichnen.



„Ich habe 14 Jahre als Führer für die Ehre der Nation gekämpft und werde sie als Kanzler nicht plötzlich preisgeben.“